

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

1. August 1946.

25 A.B.

zu 40/J

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Verkehr Übleis zu der Anfrage der
Abg. Geißlinger, Ludwig, Dr. Pernter und Genossen (ÖVP)
wegen Ruhebezügen von umquartierten Eisenbahnruheständlern.

-.-.-.-.-

Die ab 1. April 1945 fälligen, vom Postsparkassenamt wegen Nichtzu-
stellbarkeit rückgebuchter Ruhe- und Versorgungsgenüsse von Eisenbahn-Ruhe-
ständlern wurden wieder angewiesen, jedoch nur über Einschreiten der Pensions-
parteien, weil die Ursache der Rückbuchung meist durch längeren oder dauernden
Wohnungswechsel verursacht war.

Die vor dem 1. April 1945 fällig gewesenen und vom Postsparkassenamt
rückgebuchten Pensionen wurden im Sinne der Anordnung des Bundesministeriums für
Finanzen nicht wieder angewiesen, weil die Österreichischen Staatseisenbahnen
nicht Rechtsnachfolger der Deutschen Reichsbahn sind.

In ganz berücksichtigungswürdigen Einzelfällen wurden auch von
der Reichsbahn vor dem 1. April 1945 angewiesene Pensionen für Monate vor dem
1. April 1945, wenn sie nach dem 10. April 1945, d.h. auf das Postsparkassenkonto
der Österreichischen Staatseisenbahnen rückgebucht worden waren, wieder ange-
wiesen.

-.-.-.-.-